



Achim Gronemeyer

Der Vertrag zugunsten Dritter im englischen Common Law

Das mit der Privity of Contract
einhergehende Verbot des Vertrages
zugunsten Dritter unter Berücksichtigung
des Contracts (Rights of Third Parties)
Act 1999 und seiner Auswirkungen auf
die bestehende Rechtslage



A. Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung, Entwicklung und Reform der *privity of contract* im englischen Recht. Die *privity of contract* als „fundamentaler Bestandteil“¹ des englischen Vertragsrechts besagt, dass durch einen Vertrag Rechte und Pflichten ausschließlich für und gegen Personen begründet werden können, die Partei des Vertrages sind.² Während das damit einhergehende Verbot eines Vertrages zulasten Dritter allgemein als richtig und begrüßenswert angesehen wird, da niemand ohne seine Zustimmung eine vertragliche Verpflichtung auferlegt bekommen soll, sah sich das grundsätzliche Verbot eines Vertrages zugunsten Dritter seit Entstehung des Prinzips einer Vielzahl von Kritiken in Rechtsprechung und Literatur ausgesetzt.

Um Bedürfnissen der Praxis Rechnung zu tragen und allzu unbillige Ergebnisse in Einzelfällen zu vermeiden, wurde eine erhebliche Anzahl von Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten hinsichtlich der *privity*-Regel geschaffen, ohne dass dabei jedoch die Regel selbst verworfen worden wäre, was eine gewisse Widersprüchlichkeit im Hinblick auf die mit der *privity* verbundene Rechtslage verursachte.³ Dieses Vorgehen zeigt zum einen die Flexibilität, andererseits jedoch auch die Grenzen der Rechtsfortbildung durch die Gerichte im englischen Common Law auf. Die Entwicklung der Materie gipfelte schließlich in dem Erlass des Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999, welcher eine umfassende Ausnahme zu dem Prinzip der *privity of contract* darstellt und nunmehr den Vertrag zugunsten Dritter in das englische Recht eingeführt hat, ohne dass dies Auswirkungen auf das grundsätzliche Verbot des Vertrages zulasten Dritter gehabt hätte. Aus diesem Grunde werden sich die folgenden Ausführungen auch nur auf das mit der *privity of contract* einhergehende Verbot des Vertrages zugunsten Dritter beziehen und das Verbot des Vertrages zulasten Dritten nicht berühren.

Mit dem Gesetz hat ein Reformvorhaben, welches seine ersten Ursprünge bereits 1937 hatte,⁴ seinen Abschluss gefunden. Im Rahmen der Vorarbeiten zum Gesetz, welche 1991 von der Law Commission⁵ begonnen wurden, analysierte

1 Dunlop Pneumatic Tyre Co. Ltd. v. Selfridge and Co. Ltd. [1915] A.C. 847, 853.

2 Statt aller Chitty I, 18-001.

3 Merkin, 2.1.

4 Law Revision Committee, Sixth Interim Report (Statute of Frauds and the Doctrine of Consideration) 1937 Cmd 5449.

5 Law Com Consultation Paper No 121.

diese detailliert die bestehende Rechtslage hinsichtlich der *privity*-Doktrin im englischen Recht und setzte sich mit verschiedenen Lösungsmöglichkeiten auseinander. Im Rahmen dieser Analyse befasste sich die Law Commission auch intensiv mit den in anderen systemverwandten und systemfremden Rechtsordnungen gefundenen Lösungen, um so einen Überblick über die in anderen Rechtsordnungen gesammelten Erfahrungen hinsichtlich eines Vertrages zugunsten Dritter zu gewinnen und diese Erfahrungen in die eigene Reform mit einfließen lassen zu können. Hinsichtlich der Art und Weise der Reform sprach sich die Law Commission schließlich, nach Abwägung der verschiedenen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, für einen detaillierten gesetzgeberischen Akt aus.⁶

Dieses Gesetz steht dabei gleichberechtigt neben den bisher entwickelten Ausnahmen und soll eine richterrechtliche Fortbildung der Materie nicht hemmen,⁷ so dass sich insofern die Frage nach dem Verhältnis des Act zu den bisher entwickelten richterrechtlichen Ausnahmen stellt.

Der erste Teil der Arbeit befasst sich mit der historischen Entwicklung der *privity of contract* bis hin zu deren Etablierung durch die Rechtsprechung. Von besonderem Interesse ist insoweit die Frage, ob es sich bei der *privity of contract* tatsächlich um einen althergebrachten fundamentalen Grundsatz des englischen Vertragsrechts handelt, wie dies gelegentlich zur Untermauerung seiner Existenzberechtigung behauptet wird. Ferner wird in diesem Teil der Arbeit noch das Verhältnis der *privity of contract* zur *doctrine of consideration* erläutert. Dies ist insofern von Relevanz, als die Eigenständigkeit der *privity*-Doktrin im Wesentlichen von der Abgrenzung derselben zur *doctrine of consideration* abhängig ist.

Im zweiten Teil der Arbeit schließt sich dann eine umfassende Betrachtung und Analyse der Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten bezüglich *privity of contract* an. Diese belegen, dass sich das Verbot einer vertraglichen Drittbegünstigung oft als hinderlich erwiesen hat, zu den von den Vertragsparteien gewünschten Ergebnissen zu gelangen, weswegen Wege entwickelt wurden, die den Willen der Vertragsparteien zur Wirksamkeit verhelfen sollten. Diese Wege beschränken sich dabei nicht auf das Vertragsrecht, sondern umfassen vielmehr auch andere Rechtsbereiche, was die Ausstrahlungswirkung der *privity of contract* veranschaulicht. Dabei verdeutlichen die Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten bezüglich der *privity* auch, dass das englische Recht – bedingt durch das starre Festhalten an der Doktrin einerseits und das Bestreben, gerechte und wirtschaftlich vernünftige Ergebnisse in bestimmten Fällen erzielen zu können, andererseits – gewisse Wertungswidersprüche aufweist. Ferner wird erläutert, dass die von der Rechtsprechung und Gesetzgebung entwickelten Ausnah-

6 Law Com No. 242, 5.9.

7 Law Com No. 242, 5.11.

men und Umgehungsmöglichkeiten nur in Teilbereichen zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben, was zugleich die Grenzen dieser Art der Rechtsentwicklung aufzeigt.

Im dritten Teil wird die Reform von ihren Anfängen 1937 bis zu ihrem Abschluss durch den Erlass des Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999 erläutert. Es werden insofern die Hintergründe der Reform und die verschiedenen Ansätze früherer Reformvorhaben dargelegt. Anschließend werden die von der Law Commission vorgebrachten Gründe, welche gegen und für eine Reform sprechen, untersucht. Darauffolgend werden die verschiedenen Ausgestaltungsformen einer Reform der privity of contract vor dem Hintergrund der in anderen Rechtsordnungen gesammelten Erfahrungen beleuchtet.

Im vierten Teil erfolgt eine ausführliche Analyse des Reformgesetzes. Die Darstellung erfolgt anhand der einzelnen Vorschriften des Gesetzes. Es wird insofern im Rahmen der jeweiligen Vorschrift auf die Wirkungsweise, gegebenenfalls auf bestehende Unklarheiten oder Probleme hinsichtlich der Vorschrift sowie Lösungsmöglichkeiten zu diesen Unklarheiten oder Problemen Bezug genommen. Ferner werden bei Betrachtung der einzelnen Vorschriften noch die Auswirkungen, welche diese auf die Position des Dritten haben könnten, dargestellt. Des Weiteren werden die möglichen Auswirkungen des Gesetzes auf die bisher bestehenden Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten bezüglich der privity of contract dargestellt. Auch werden die Auswirkungen des Act auf die mögliche richterrechtliche Weiterentwicklung der bestehenden Ausnahmen erörtert.

Im fünften Teil der Arbeit erfolgt eine Zusammenfassung und Bewertung der Materie.